



Stadt Halle (Saale)

19.01.2023

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 01.12.2022:

**zu 4.1 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)
Vorlage: VII/2022/04760**

Abstimmungsergebnis SKE:

einstimmig zugestimmt
(5 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen)

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt
(9 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung)

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung).

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

19.01.2023

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 01.12.2022:

zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße
Vorlage: VII/2022/03913

Abstimmungsergebnis SKE:

mehrheitlich zugestimmt
(4 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltungen)

Abstimmungsergebnis SR:

mehrheitlich zugestimmt
(4 Ja / 2 Nein / 3 Enthaltungen)

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten in ~~Abprache mit den Gastronomen~~ der Sternstraße (**Kneipenmeile**) bestehen, um eine barrierefreie, behindertengerechte Toilette in der Sternstraße vorzuhalten.

Dabei sollte auch die Variante der Aufstellung einer behindertengerechten Toilette außerhalb der gastronomischen Einrichtungen geprüft werden, deren Benutzung beispielsweise durch einen Euroschlüssel geregelt werden könnte.

Zu prüfen wäre dabei ebenfalls, ob der entstehende finanzielle Aufwand auch durch die Beteiligung der Gastronomen und /oder Fördermittel gesichert werden könnte. Eine Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch Stiftungen oder Sponsoren wäre ebenfalls zu prüfen.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

19.01.2023

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 01.12.2022:

**zu 5.2 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur
Aufhebung des Beschlusses Grundsätze zur
Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale) (Beschluss-Nr.: 97/I-29/533)
Vorlage: VII/2022/03903**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses Grundsätze zur Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale) (Beschluss-Nr.: 97/I-29/533).

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

19.01.2023

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 01.12.2022:

zu 5.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Anreiz- und Belohnungssystemen für klimafreundliches Verhalten
Vorlage: VII/2022/04587

Abstimmungsergebnis SKE:

mehrheitlich abgelehnt
(1 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung)

Abstimmungsergebnis SR:

mehrheitlich abgelehnt
(1 Ja / 6 Nein / 2 Enthaltungen)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, nach dem Vorbild der „Kultur-Token“ in der Stadt Wien Anreiz- und Belohnungssysteme für klimafreundliches Verhalten zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Stadtrat im ~~November 2022~~ **März 2023** vorzulegen.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

19.01.2023

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 01.12.2022:

zu 5.4 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ermöglichung von Photovoltaikanlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden
Vorlage: VII/2022/04529

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, Informationen für private und kommerzielle Immobilienbesitzer in verständlicher Form bereitzustellen, in welchen Fällen der Denkmalschutz der Installation einer Photovoltaikanlage nicht entgegensteht. Dies ist spätestens innerhalb des ersten Quartals 2023 umzusetzen.
2. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert aufzuzeigen, welche konkreten kommunalen Regelungen die Installation von Photovoltaikanlagen behindern. Die Ergebnisse sind spätestens zwei Monate nach Beschlussfassung im Stadtrat vorzulegen.
3. Die Stadt möge sich darüber hinaus bei der Landesregierung für eine Novellierung und Öffnung des Denkmalschutzgesetzes einsetzen, insbesondere um die Installation von Photovoltaikanlagen auf Dächern denkmalgeschützter Gebäude zu ermöglichen.

F.d.R.

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin